

Verlag u. Vertriebsstelle  
Halle (Saale), Burg 42-44.  
Fernruf 1047.  
Besetzt von 7 1/2 Uhr früh  
bis 5 Uhr nachmittags.  
Postfach-Nr.: 10108.

Scheitelführung:  
Halle (Saale), Burg 42-44.  
Fernruf 1045.  
Sprechzeit: Nur mittags  
von 12 bis 1 Uhr mittags.

# Sozialist

## Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 RM., vierteljährl. 5,25 RM.;  
durch die Post bezogen monatl. 1,75 RM., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Dienstag nachmittags.  
Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Willkürer Höhe u. Spalte; 60 Pf.  
für Beklame, anschließend an den dreispaltigen Textfeldteil.

# An das revolutionäre Proletariat!

## Arbeiter, Parteigenossen!

Die Statuten gegen Arbeiterführer häufen sich. Unser Parteivorstand gegen Genosse Haase ist vor dem Reichstage, eine Stunde, bevor er seine große Anklage gegen die verbrecherische Militärpolitik der Regierung und die Gewalttate der Kollaboranten halten wollte, von einem Manne durch mehrere Schüsse verletzt worden.

Nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß die Augen nicht tödlich trafen, daß Haase noch lebt.

Der Täter ist ein Herrschlicher Arbeiter namens Boh. Diese Tat entspringt nach den offiziellen Angaben persönlichen Motiven eines geistig nicht Normalen. Wie immer dem sicher ist, daß die Tat nur in einer politischen Atmosphäre, in der die Revolutionäre als vogelfrei

gesten, und ihre Würder frei ausgeben, möglich wurde.

Märzgerentzen der Militärischen haben Engemburg, Liebnicht, Eißner, Dorenbach, Landauer, Bogisches und viele andere in den Städten des Landes umbringen lassen.

Gegen Lebour, Habel und andere Führer des Proletariats sind Mordpläne offenbar geworden.

Die Würder unserer Führer läßt man fliehen oder läßt sie in den Gefängnissen gute Tage feiern. Die Vogel, Bothe und andere sind im Auslande. Der Würder Rungel nach eigenen Aussagen vergnügt als je zuvor. Der Massenmörder Marosch ist noch immer nicht vor Gericht gestellt.

Man best durch die antibolschewistische Liga, durch die Liga für deutsche Kultur, durch den Arbeiterklub Klingel und die Offizierskommissionen gegen die Führer des Proletariats, die man zu beseitigen strebt, um die Arbeiterklasse hilflos und führerlos zu machen.

Die niedrige Sache gegen die Juden hat diese Pogromstimmung aufs höchste gesteigert.

Die Würdergerentzen suchen überall nach Mordbuben, die sie hoch bezahlet. Degenerierte wie Rungel und ähnliche geistig Minderwertige sind ihnen willkommene Subjekte.

Diese Kreaturen, denen weder Strafe noch Vergeltung droht, wenn sie Führer des revolutionären Proletariats beseitigen, sind die feindsüchtigen oder unfreiwilligen Werkzeuge der Konterrevolution, in deren Sinn sie handeln.

Arbeiter, Parteigenossen! Es gilt jetzt erneut Protest zu erheben gegen die Straffreiheit der Arbeitermörder, gegen die Pogromhete und die Plakstimmung, die überall verbreitet wird.

Die Wahrheit über die wirklichen Motive des Attentats auf den Genossen Haase werden unter dem herrschenden System, bei den planmäßigen Mordvorbereitungen dunkler Reaktionsmächte und den bekannten Verführungsmethoden vielerorts nicht erfahren. Geheimnisse und Hinterlist waren stets Waffen der Reaktion.

Seid wachsam und bereit!  
Es geht alles auf dem Spiel!

Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

regierun richtete. Bei diesem zweiten Attentat sollen zehn Personen getötet und 25 fahverleitet werden sein.  
Bericht vor etwa 14 Tagen meldete Times, daß Hinrichtungen in größerer Zahl in Moskau vorgenommen worden seien. Auch neuerdings wird mitgeteilt, es seien von der außerordentlichen Kommission 67 Verurteilte verurteilt und hingerichtet worden. Ob diese beiden Meldungen denselben Fall betreffen, entzieht sich unserem Ermessen. Die Verurteilung, wie man überhaupt genaue Nachrichten über das Attentat und seine Folgen abwarten muß. An der Tatsache, daß Attentate in Moskau verübt worden sind, läßt sich nicht aber wohl kaum noch zweifeln. Sie zeigen, daß die Gegenrevolutionäre in Moskau sich wieder zu rühren beginnen und mit Gewalt versuchen, die Herrschaft der verhassten Sowjetregierung zu brechen.

## Das Schulkompromiß.

a) Das Schulkompromiß in der Provinz.

In Baden ist der Kampf um die Schule bereits am 4. September 1919 entschieden. Das Schulkompromiß wurde so ausgelegt: „In den Städten mit über 15000 Einwohnern wird auf Grund der Anmeldung der Schüler bzw. der Klassenanzahl die Anzahl der Simultan- und Konfessionsschulen und Simultan- und Konfessionsschulen festgelegt. In den Städten, in denen bisher nur Simultan- und Konfessionsschulen bestanden, z. B. in Jülich, bleiben nur Simultan- und Konfessionsschulen. — 2. In den Orten mit weniger als 15000 Einwohnern wird durch geheime Wahl die Entscheidung herbeigeführt, ob in den Orten Simultan- oder Konfessionsschulen einzurichten seien. Die einfache Mehrheit ist die Grundlage für die Entscheidung. Die Abstimmung muß auf Antrag nach einer Reihe von Jahren wiederholt werden.“

Ein solcher Vergleich mit dem Artikel 149—140 beweist, daß diese Kompromisse ein neues „bayerisches Kompromiß“ darstellt, in dem die alte sozialistische Forderung der „weltlichen Schule“ aufzulöserweise — offiziell überhaupt noch keinen Raum gefunden hat. Die am 4. September abzugebende Erklärung hatte nämlich folgenden Wortlaut:  
„Ich erkläre, daß der Schüler (die Schülerin) ... geboren ... eine Konfessionsschule — Simultan- und Konfessionsschule — und bestimme diese Erklärung durch meine Unterschrift.“  
München, den 1. September 1919.  
(Unterschrift des Erziehungsbevollmächtigten.)  
Eltern, Vorstand.

Das kommunistische Blatt Der Kampf setzt hinzu: „In dieser Erklärung ist das Wort Konfessionsschule durchaus freigeblieben“, ohne aber selbst ausdrücklich die Forderung der weltlichen Schule zu erheben. Das ist immens bemerkenswert. In München hat am 4. September die Herrliche Konfessionsschule gefordert: Von den Erziehungsbevollmächtigten wurden abgegeben: 22123 Stimmen für die Konfessionsschule; 15040 Stimmen für die Simultan- und Konfessionsschule. —

Auch in Göttinge verachtet man für erste auf die weltliche Schule. Das unabhängige Göttinger Volksblatt vom 22. August 1919 bejammert die Konfessionsschule des Religionsunterrichts sogar in der Konfessionsschule, gibt einen Entwurf zu einem modernen Religions- und Sittlichkeitsunterricht. „Zur harmonischen Ausbildung aller weltlichen Kräfte im Menschen gehört auch die Erziehung durch die weltliche Schule. Aufgabe der Konfessionsschule zur Bildung des religiösen Bewusstseins sollte nicht die Derausarbeitung des Religionsbegriffes (Schwarz- und Weißbuch) und die Kenntnis der Bibel sein, sondern: die Aufklärung der Weltanschauung, die durch die Wechselbeziehungen von Mensch und Naturwelt entstehen, gleich einer Brücke in die Erziehungswelt des Mensch, des Wohlwollens und der Einheit aufeinander zugehend hinleiten zum Brennpunkt, zum Streben und Wollen nach Vollkommenheit — zum religiös-sittlichen Idealbild.“

In Sachsen dagegen ist die weltliche Volksschule seit der Revolution proklamiert. Sie wird auch nach der Entscheidung der Erziehungsbevollmächtigten überwiegend weltlich bleiben; nämlich: Die Konfessionsschule der Kinder eben neben dem Schulunterricht in den Religionsunterricht ihrer Konfession, den der Weltliche erteilt. Die Unabhängige Zeitung schrieb: Eine im Sinne des Zentrums vorgenommene Durchsicht des Kompromisses beweist für uns in Sachsen unbedingt, daß die Konfessionsschule, Will demselben Rechte, mit dem die katholischen Eltern katholische Schulen verlangen, werden lutherische, reformierte, jüdische, mosaische, sozialistische, atheistische usw. Eltern Schulen ihrer Konfession oder ihrer Weltanschauung fordern. Das würde schon in Großstädten zu unübersichtlichen Zuständen führen. Für die Kleinstädte und die ländlichen Schulen wäre es aber reine Schandtat. Wie bisher eine atheistische Schule war, müßte ein halbes Dutzend weltlicher Klassen eingerichtet werden. Man kann heutzutage sagen: Es ist ein Glück, daß das Kompromiß in der Provinz so unglücklichen Zuständen führt; denn selbst der orthodoxe Kirchendiener wird seine Kinder lieber in die vollausgebildete, allen modernen Forderungen gerechtwerdende weltliche weltliche Schule und nicht in die in den Religionsunterricht zu seinem Götzen fähigen, als in eines der traurigen Gebilde, die die Frucht der Verschlagung unserer Schulwesen in summo die fälschlich konfessionell und weltanschaulich getriebenen Schulwesen sein würde. Da schließlich zur Schule auch nach die Lehrer gehören, und diese sich ebenfalls unglücklich für die weltliche Schule erklärt haben, so können wir wohl hoffen, daß wenigstens bei uns in Sachsen der

## Mordanschlag auf Haase.

Berlin, 8. Oktober (W. L. B.) Wenige Minuten nach 1 Uhr gab heute vor dem Reichstagsgebäude ein Zivilist sechs Schüsse auf den das Gebäude betretenden Abgeordneten Haase ab. Abg. Haase ist im Unterarm, am Oberarm und im Unterarm getroffen worden. Der Täter wurde von der Polizei verhaftet und in das Reichstagsgebäude gebracht.

Erkenntlicherweise behält sich nach späteren Meldungen die in der vorhergehenden amtlichen Berichterstattung des Attentats angegebene schwere Verwundung des Genossen Haase nicht. Wie uns aus Berlin berichtet wird, trafen von den auf Genossen Haase abgefeuerten sechs Schüssen nur zwei, die Haase am rechten Unterarm und rechten Oberarm verwundeten. Es handelt sich nach Ansicht der Ärzte um Verletzungen leichterer Natur. Weiter die Wunde an der Brust werden offenbar die Verletzungen, und es macht sich das Verbrechen bemerkbar, die Haase als persönliche Angelegenheit hingestellt. Es wird und indes bemängelt über ausdrücklich verweigert, daß auch dieses Attentat politische Hintergründe hat.

Was zu der politischen Seite des Attentats so sagen wäre, daß wir klar und trefflich liegt in der Annahme des Zentralvorstandes, die wir an der Spitze des Attentats bringen. Und auch die Freiheit das sicher recht, wenn sie für sich, daß auch dieser rühmliche Anschlag das Ziel hatte, nach Liebnicht, Luxemburg, Eißner usw. nun auch den Genossen Haase der schwarzen Konterrevolution zum Opfer zu bringen.

Die Schandbuben der Reaktion, aufgebracht und aufgelaßt durch eine wüste Propaganda, glauben das Proletariat am stärksten dadurch zu treffen, daß sie keine ihrer Führer mehr schlachten können. Diese Schandbuben fühlen sich des Weltalls der bürgerlichen Weltanschauung so sicher, daß sie vor offenen Attentaten nicht zurückschrecken. — Welche Wut sie auf den Attentäter gegen Haase gefühlt haben mögen, eines ist sicher, daß dieser neue schandliche Mordanschlag ein Verbrechen der ersten Ranges gegen die Revolution betrachtet werden muß. Mehr als je muß deshalb das Proletariat auf dem Wachen sein, um die Angriffe abzuwehren, die von seinen Feinden vorbereitet werden.

Wir freuen uns von Herzen, daß der verbrecherische Militärpolitiker ist, und der Genosse Haase bald wieder ohne gesundheitlichen Schaden an seinen Kampfposten in der Partei und im Parlament zurückkehren kann.

Als ihn gestern vor dem Reichstage die tödlichen Angeln trafen, war er eben im Begriff, im Reichstage in einer großen Rede mit der Regierung abzurechnen und besonders an ihrer sträflichen Politik im Baltikum scharfe Kritik zu üben. Nach Meldungen der bürgerlichen Presse sei er im Besitz außerordentlich wichtiger und Regierung schwer belastenden Material, namentlich über die russische Arbeiterbewegung in Berlin. Er wollte an der Hand unwiderleglicher Dokumente beweisen, daß sich in Berlin die Verletzung einer neu gebildeten wehrpflichtigen Regierung befindet, die mit Kollaborat und Dantlin in engster Verbindung steht. Es sollen sich sogar zwei Mitglieder dieser

wehrpflichtigen Regierung ständig in Berlin befinden, wo sie die Propaganda und Vorbereitung für die russischen Gegenrevolutionäre leiten. Er wollte auch Mitteilungen über den Verkehr zwischen diesen russischen Vertrauensleuten und der deutschen Regierung machen.

Er dürfte indes wohl noch Gelegenheit finden, seine Absicht im Reichstage wahrzumachen. Hoffen wir es bald!

## Ueber die Person des Attentäters

und die Motive seiner Tat werden die verschiedensten Angaben verbreitet. Wir beschränken uns auf die Angaben des Berliner Anzeigers, die er 3. Oktober in der Nummer 10108 veröffentlicht hat. Er ist ein 30-jähriger Arbeiter. Er soll an „Luxemburg“ und „Verjüngungswagen“ arbeiten. Er gab bei seinem von der Staatsanwaltschaft vorgenommenen Verhör an, er gehöre keiner Partei an. Der Mann habe seit einiger Zeit behauptet, die Wahrheit gemacht zu haben, daß es bei der preussischen Klassenlotterie nicht mit rechten Dingen zugehe, und deshalb hätte er sich bei Klassenlotterien und dem Finanzminister eingestellt, was dazu führte, daß in Moskau ein Strafverfahren wegen verächtlicher Erpressung gegen ihn eingeleitet wurde. Er hatte durch seine Ehefrau den Abgeordneten Haase erlösen lassen. Die Angelegenheit vor das Parlament zu bringen. Als Haase darauf nicht einig, beschuldigte ihn Boh, daß auch er betrogen sei, und verfolgte ihn auf Schritt und Tritt, bis der Anschlag in ihm reifte, die Öffentlichkeit mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Mit einer Parabol- und Pistole machte er Schießversuche im Grünwald. Schon Dienstag war er Haase nach dem Reichstagsgebäude gefolgt, konnte ihn aber nicht erreichen. Mittwoch erwartete er ihn an einem der Eingänge und auf auf einen Schritt Entfernung sechs Schüsse auf ihn ab. Eine der Kugeln traf einen Brustkasten, dessen Verletzlichkeit unbekannt ist. Es ist einmündiger Mann, nicht über „amüsiert“ Seite und von der sozialistischen Presse als „verurteilt“ wird, den Attentäter als „verurteilt“ und sein Verbrechen als einen „persönlichen Mordanschlag“ hinstellen. Eine ganze Reihe von Umständen lassen jedoch den politischen Charakter des Anschlages als zweifellos erscheinen.

## Das Bombenattentat in Moskau.

Wie aus der ausländischen Presse hervorgeht, ist am 25. September in Moskau ein Bombenattentat gegen Mitglieder der Sowjetregierung verübt worden. Das Attentat richtete sich gegen das Zentral-Exekutivkomitee der Regierung und wurde im Krem, in dem sich der Sitz des Komitees befindet, begangen.

Ueber die Einzelheiten des Bombenattentats wird aus Moskau mitgeteilt: Am 25. September abends war ein unbestimmter Konterrevolutionär unter Bomben in das Verammlungshaus der Kommunisten, wo gerade in Anwesenheit der angehenden Kommunistenführer eine Sitzung stattfand. Die Explosion verursachte große Verletzungen. Von bekannten Führern der Bolschewisten wurden getötet: Kropotkin, ein Mitglied des Moskauer Komitees, Parafill, der Sekretär des Moskauer Komitees, und vier andere. Der Anschlag ist ein Verbrechen der Reaktion, der Verfasser der bekannten bolschewistischen Propagandakampagne.

Anlässlich der Begräbnisse der Opfer dieses Attentats soll nun noch ein zweites Bombenattentat begangen worden sein, das sich gleichfalls gegen Mitglieder der Sowjet-

\* Siehe Nr. 235 des Volksblattes.

entfchieden zukunftslos. Selbst von Dresden über die von Weimar drohende Dinsternis liegen wird."

So herrscht innerhalb der einzelnen Provinzen eine ganz unterschiedliche Auffassung über den Charakter der Volksschule, und damit über die Auffassung der Statistik 148 bis 146 in der Provinz.

b) Wie werden sich nun die Verhältnisse in Preußen, besonders in der Provinz Sachsen gestalten?

Der Regierungsjahresbericht für den Januar 1910 im Hinblick auf: "Das Volk will den Religionsunterricht in der Schule." Auch nach dieser Zeit hat man die Überzeugung, daß die Religionsfreiheit nicht mehr für die "Weltlichkeit der Schule", die im Erörterungsprogramm gefordert wird, eintreten werden. (Vgl. Sozialistische Monatshefte).

In Preußen ist Anfangs 1910 bereits eine kleine Probe auf dem Gebiet gemacht worden. Über 8 Millionen Eltern haben sich durch eine amtliche unterschiedliche Erklärung für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule ausgesprochen. In der Provinz Sachsen meldeten sich bis März 1910 insgesamt nur 428 Kinder aus dem Religionsunterricht ab, davon 56 aus höheren Schulen und 372 aus der Volksschule. Eine ganz geringe Zahl also! Im Bezirk Magdeburg sind es 888, Erfurt 58, im Bezirk Naumburg 78, in der Stadt Magdeburg von 40 000 Kindern nur 104. Es leuchtet bis jetzt nur 118 Lehrer offiziell die Erteilung des Religionsunterrichts ab, im Bezirk Magdeburg 6. Von einer Kirchenliste kann man heute die tief in die Reihen der U. S. R. nicht gerade sprechen, bei den idealen Kommunisten, den Erklärern der Vergesslichkeit Jesu, erst recht nicht. Ferner ist die Einrichtung der weltlichen Schule in Preußen binnen weniger Monate mit großen Schwierigkeiten verknüpft: Es fehlen sofort anwendbare Lehrpläne, es mangelt an Schulbüchern für rein weltliche Schulen, die Lehrpläne sind bis jetzt allemal konfessionell, zur Einrichtung von Privatvorkursen aber fehlt den freireligiösen und Freikirchen-Gelehrten das Geld. Das sind Faktoren, denen die Sozialdemokratie vor allem ins Gesicht sehen muß, wenn sie Stellung zum Schulprogramm in der Provinz nehmen will. Andererseits aber rüht die Kirche und macht ihre Ansprüche auf Schule und Unterricht weiter geltend. Der Evangelische Kirchentag vom 8. September 1910 fordert: Die Erhaltung des evangelischen Religionsunterrichts in den Schulen. Als oberstes Lebensziel gehört der christliche Religionsunterricht zum Grundbestand der Schule. Ein allgemeiner religionskundlicher Unterricht ist ebenso wie ein objektiver christlicher Religionsunterricht abzuweisen. Psychologisch und pädagogisch unmöglich ist ein interkonfessioneller christlicher Religionsunterricht. Der evangelische Religionsunterricht hat die Aufgabe, nach reformatorischer Auffassung Wesen und Botschaft des Christentums zum Verständnis zu bringen. Das Evangelium ist sein Inhalt. Jeder der evangelischen Kirchengemeinschaft angehörende Schüler ist zur Teilnahme am evangelischen Religionsunterricht in der Schule verpflichtet. Den Eltern steht es frei, aus gewissen Gründen von dem Religionsunterricht abzusagen. Die Befreiung des Unterrichtsplanes, die Befreiung über die Lehrbücher und die Befreiung über diesen Unterricht ist Sache der Kirche. Eine angemessene Beteiligung der Lehrerschaft ist zu sichern.

Nach dem kirchlichen Festes- und Verordnungsblatt Nr. 5, 1910, stellt die evangelische Kirche aus "Gefühlten und Verwirklichten" in Preußen allein für 1910 ein 29 888,80 M. für die Schule, und aus dem "Volkesschatz" zur Erteilung evangelischen Religionsunterrichts und zur Unterhaltung evangelischer Schulen 1910: 48 384,33 M., 1910: 51 408,27 M., auch 1919 noch weitere 50 000 M., insgesamt also allein aus diesen Mitteln rund 80 000 M. Daneben hat sie aber noch andere reiche Quellen.

Die große Einflüsse der evangelischen Kirche auf die Gestaltung der Schulen nach dem Schulprogramm in Preußen sein kann nicht allein dem Verstand, sondern auch dem Gefühl zu danken. Die Verhältnisse des evangelischen Kirchenwesens. Es 88 ff. vom August 1910; Danach gibt es in Berlin 1 889 470 Evangelische, in der Provinz Brandenburg (siehe Berlin) 8 678 688, in der Provinz Sachsen 2 500 151, in ganz Preußen 19 288 082. Im Jahre 1910 gab es in Preußen 294 874 lebende geborene Kinder evangelischer Eltern, in der Provinz Sachsen 38 136. — Evangelische Tausend wurden 1910 geboren: in Preußen 285 188, das sind 104,26 Prozent der Jahresgeburt. In der Provinz Sachsen wurden 1910: 38 400 Kinder evangelisch getauft = 105,53 Prozent der Geburten in einem Jahre.

Dabei interessieren auch die evangelischer Beschäftigten und Trauungen! Es wurden 1910: in Preußen insgesamt 109 918 Beschäftigten evangelischer Christen, 75 280 jedoch sich kirchlich trauen = 85,57 Prozent. In der Provinz Sachsen schlossen sie ab: 18 970 Evangelische, es ließen sich kirchlich trauen: 12 088 = 63,7 Prozent.

Konfirmiert wurden in Preußen 477 027 Kinder, in der Provinz Sachsen 61 184 Kinder im Jahre 1910.

Es entstanden im Jahre 1910 1000 Eheschließungen der Frau. Sachsen 916 Angehörige der evangelischen Landeskirche, 23,6 Freikirchen, der Rest sind Katholiken und Abergläubige.

Nach diesen Zahlen allein zu urteilen, würde die Volksschule in der Provinz Sachsen nach dem Kompromiß auf über 90 Prozent eine evangelische, also eine konfessionelle Schule sein, denn jedes Mitglied der evangelischen Kirche für die konfessionelle Schule stimmt. Allein, hierbei sind doch erhebliche Einschränkungen zu machen. Zunächst hat sich der gesamte deutsche Bevölkerungszustand seit 1910 erheblich verändert. Die amtliche Statistische Korrespondenz berichtet: Im dritten Vierteljahr 1914 wurden in Preußen 238 900 Kinder lebend und 5200 Kinder tot geboren. Dazu kamen 238 000 Geburten, so daß ein Geburtenüberschuß von 67 500 zu verzeichnen ist. Im vierten Vierteljahr aber gab es in Preußen nur 124 000 lebend und 4000 tote geborene Kinder neben 188 000 Toten. Statt eines Geburtenüberschusses war also ein Lebensrück der Geburten über die Geborenen von 61 000 zu verzeichnen. Im dritten Vierteljahr 1915 entfiel nämlich 165 000 Lebendgeborenen 229 077 Sterbende gegenüber. Der gesamte Bevölkerungszustand allein in Preußen seit Ende 1914 erfaßt sich bis auf einen Millen um für das Deutsche Reich auf etwa 14 Millionen. Mit anderen Worten: das bisherige Gebiet des Deutschen Reichs zählt statistisch entfiel 68,2 Millionen zu Ende des Jahres 1919 nur noch 68,7 Millionen. Auch die Erhebungen von 1919 werden die Statistik nicht günstig gestalten können.

So kommt es in Bezug auf die Schule, daß wir heute einen Lebensrück auf Lehrkräften haben, zu gleicher Zeit aber vermindernd die Zahl der Schulkinder erheblich. Nach amtlichen Angaben konnten die zu Ostern 1919 von den Seminaren entlassenen jungen Lehrer in ganzen Bezirken keine Anstellung finden. Im Laufe der nächsten Jahre werden nicht weniger als über 15 000 Kriegeseminare die Lehrprüfung ablegen circa 4000 Lehrer aus Polen, und ferner eine gewisse Anzahl aus Ostgalizien und aus Ost- und Westpreußen kommen hinzu. Andererseits ist mit einem außerordentlichen Rückgang der Schülerzahlen in den Großstädten zu rechnen. Charakteristisch ist, daß 15 Klassen eingekürzt lassen; Berlin wird 1920 75 Klassen einsparen, trotz der Abnahme der Berufsschüler in den einzelnen Klassen. In Halle umfaßt der Jahrgang 1921 schon jetzt nur noch etwas über die Hälfte des Bestandes, den dieser Jahrgang in Friedenszeiten bei

normalen Verhältnissen gehabt hätte. 1921 würden nur noch halb so viel Kinder in die Schule eintreten wie 1913. Wer soll das Schulwesen in der Provinz Sachsen da auf Grund des Schulprogramm umformen?

Analog diesen Zuständen wird sich das ganze Bild der Schule nach dem Kompromiß auch in der Provinz Sachsen gestalten. Lutzens dem ist zu erwarten, daß eine ganze Anzahl „Christlicher Sozialdemokraten“ mit der U. S. R. und den Kommunisten aus Prinzip nicht für die konfessionelle Schule, sondern für die weltliche stimmen werden. Wie dann diese Schulen in den einzelnen Gemeinden errichtet werden sollen, das wird der Schulverwaltung aufzugeben, die sie in einigen Monaten nicht zu lösen vermag.

Es aber in Preußen wie in Bayern von der Errichtung der weltlichen Schulen überhaupt abgesehen und den Erziehungsberechtigten nur die Wahl zwischen Konfessionen und Simultan-schule gelassen werden darf, das ist zu bemerken. Arbeitergemeinden werden die weltliche Volksschule unbedingt fordern, angrenzende Bauerngemeinden dagegen werden die konfessionelle wählen. Und so ergibt sich in der Provinz Sachsen auf dem Land ein Schulmangel, in den Großstädten der Provinz aber beginnt das Erziehungsbeschwerden erst recht. Etwa 3/4, 50 Prozent aller Erziehungsberechtigten für eine weltliche Schule, 40 Prozent für die evangelisch-konfessionelle, 10 Prozent für die katholische Schule, so werden 60 Prozent der städtischen Schulen weltlich, 40 Prozent evangelisch, 10 Prozent katholisch werden, gemäß des Verhältnismäßigkeits. Nach fünf Jahren soll abermals neu bestimmt werden! Woher die Räume für die Högere Schulen nehmen, die verschiedenen Lehrpläne, Lehrbücher, Lehrer und Aufsichtsberechtigten?

Die Eltern werden zuvorkommen empfinden dabei am meisten die einzelne Familie. Was heute a W nur an die Befreiung eines Eisenbahners auf dem Land. In der Stadt befindet sich die weltliche Schule, auf dem Lande muß es, da die konfessionellen Bauern für die konfessionelle Schule stimmen, in die Konfessionsschulen gehen, vielleicht gar in eine katholische. Weitere Schwierigkeiten muß sich jeder selbst ausmalen.

In einzelnen Gemeinden werden daher vielleicht wie in Bayern Sonderkompromisse zwischen einzelnen Religionsgemeinschaften geschlossen werden; in manchen wird etwa durchgehends die Einführung der Simultan-schule vorgezogen werden. Überall aber wird der Streit um die Schule die schärfsten Kämpfe hervorrufen. Wo bleibt da der Auftrag der Regierung? Wann soll die Einheitschule kommen — und gar als Arbeitsschule...?

### Der italienische Parteitag.

Der 8. Oktober. (W. Z. S.) In einer stürmischen Schlusssitzung nahm der Bologener Sozialistenkongress eine Tagesordnung herab, an in der maximalistische Grundzüge aufgestellt, aber gleichzeitig die Beteiligung am Wahlplakat verlangt wird. Für die Annahme wurden rund 48 000, dagegen 50 000 Stimmen der Reformisten und 8000 der Kommunisten abgegeben. Weiter heißt es in einer W. Z. S. Mitteilung, von der abgemachten ist, ob die Stimmung des Kongresses vollkommen richtig wiedergibt:

In der Vergangenheit des Sozialistenkongresses von Bologna haben die Ertragsliste einer weitgehenden Schlag getroffen. Der Abgeordnete Rogozinski unter Beifall der Versammlung sich gegen die Wahlbeteiligungsgegner gewandt hatte, nahm Parteisekretär Lazzari das Wort, um zur allgemeinen Ueberzeugung gegen die Verherrlichung der reinen Gewalt zu sprechen. Er führte aus: Diejenigen, die nur Aufbruch predigen, verlangen, daß die Bewegung zur Bewältigung ihrer Aufgabe den für das Endziel des Sozialismus notwendigen Massen vorarbeiten und sich in einer Reihe von Kompromissen und Verzichtungen auflösen würde. Lazzari verwarf die Idee gegen den Verzicht der Maximalisten, die Partei in eine Verdrängungs-partei umzuwandeln. Man müsse zeigen, daß die parlamentarischen Vertreter der Partei zugeben hätten. Aber eine Unterlassungsgeld würde der Partei nicht das Prinzip. Die Grundzüge des Programms von 1900 befänden sich heute noch auf dem Recht. Lazzari, der als Haupt der Rechten gilt, fand stürmischen Beifall.

Die Sitzung wurde auf Antrag der englischen Delegierten durch den Vorsitzenden von Bologna für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geschlossen. Wie der Secolo in letzter Stunde erzählt, ist im großen und ganzen die Einigkeit zwischen den einzelnen Gruppen des Sozialismus erreicht. Die Partei ist eine Verdrängungs-partei umzuwandeln. Man müsse zeigen, daß die parlamentarischen Vertreter der Partei zugeben hätten. Aber eine Unterlassungsgeld würde der Partei nicht das Prinzip. Die Grundzüge des Programms von 1900 befänden sich heute noch auf dem Recht. Lazzari, der als Haupt der Rechten gilt, fand stürmischen Beifall.

Die Sitzung wurde auf Antrag der englischen Delegierten durch den Vorsitzenden von Bologna für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geschlossen. Wie der Secolo in letzter Stunde erzählt, ist im großen und ganzen die Einigkeit zwischen den einzelnen Gruppen des Sozialismus erreicht. Die Partei ist eine Verdrängungs-partei umzuwandeln. Man müsse zeigen, daß die parlamentarischen Vertreter der Partei zugeben hätten. Aber eine Unterlassungsgeld würde der Partei nicht das Prinzip. Die Grundzüge des Programms von 1900 befänden sich heute noch auf dem Recht. Lazzari, der als Haupt der Rechten gilt, fand stürmischen Beifall.

### Generalfreist und Belagerungszustand im Saargebiete.

Saarbrücken, 8. Okt. (W. Z. S.) General Andriauer erklärt durch Mauerankündigung folgende Proklamation: "Zeit 48 Stunden nachmittags finden in den Straßen Saarbrückens Kriegshandlungen statt, die nicht mehr zu vermeiden sind. Die Angehörigen der Bahn werden. Nach eingegangenen Nachrichten soll morgen das ganze Saargebiet freigegeben. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verhängt der General, als oberster Vorgesetzter des Saargebietes, zunächst den Belagerungszustand über das Saargebiet. Weitere Maßnahmen werden in Kürze getroffen werden."

### Die Kammer-Neuwahlen in Frankreich.

Paris, 7. Oktober. Der Ministerrat beschloß, der Kammer einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch den die geltende Wahlordnung der Kammer am 7. Dezember zu Ende geht. Die Neuwahlen sollen stattfinden für die Kammer am 16. November, für die Präfekturalräte am 23. und 30. November, für die Bürgerweiser und Senatspräsidenten am 14. und 21. Dezember und für den Senat endlich am 11. Januar 1920. Die Wahl des Präfidenten der Republik wird nicht am 17. Januar, sondern erst am 2. Februar stattfinden.

### Ukrainische Kriegserklärung an Denkin.

Bern, 8. Oktober. (W. Z. S.) Das ukrainische Pressebureau meldet aus Kiew: Die Bemerkungen der ukrainischen Regierung, einen Kampf mit Denkin zu vermeiden, sind gescheitert. Die ukrainische Truppe ist von der russischen Freiwilligenarmee überfallen worden, worauf die ukrainische Regierung Denkin den Krieg erklärt hat. Das Vordringen der Truppen Denkin nach Westen ist aufgehoben. Es hat sich ein Kampf in der Ukraine eingestellt. Die Kriegserklärung ist von der ukrainischen Regierung mit Begeisterung aufgenommen worden, denn es ist ein Krieg um die nationale und soziale Befreiung. Unter der Front Denkins sind Bauernaufstände ausgebrochen.

### Die Streikbewegung.

Der Streik in Rostowgrad hat infolgedessen eine Verschärfung erfahren, als ein Streik der Angehörigen ausbrach. Die Bürgerchaft ist entschlossen, auf einem "Altehrerstreik" zu greifen. In Berlin sind die Angestellten der Straßenbahn-gesellschaft, nachdem sich die Verhandlungen wegen ihrer Forderungen mit der Direktion gescheitert haben, in den Streik getreten. Der Streik ruht denkwürdig. In Bremen haben die Hafenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Im Streik der englischen Gießer, der seit drei Wochen andauert und ungefähr 50 000 Arbeiter umfaßt, wird die Lage immer ernstlicher, da die Korde an Gabeln in den Maschinenfabriken zerfallen sind. Am 2. Oktober wurden durch den Streik mehr als 30 000 Mann von Arbeitslosigkeit betroffen werden.

Belagerungszustand gegen die amerikanischen Stahlarbeiter. Infolge erster Unruhen, die durch die streikenden Stahlarbeiter am Montag hervorgerufen wurden, wurde General Wood mit einer größeren Truppenmacht nach Wien in Indiana entsandt, wo er den Streik von West zu West überbrachte. Über die Stadt Chicago und Indiana-Garber wurde ebenfalls der Belagerungszustand verhängt.

### Die Auslieferungsgesetze.

Die Pariser Presse veröffentlicht eine Depesche aus Washington, die den Inhalt des von den Vereinigten Staaten nunmehr der Friedenskonferenz in die Hände der Deutschen übergebenen Bergesch gegen das Völkerverbrechen und das Kriegsverbrechen werden sollen. Exalter Wilhelm stehe nicht auf der Liste. Das Kriegsverbrechen in Lille hat gegen einen Grafen Wismar und sieben andere Deutsche Anklagen wegen Ermordung von 14 Personen und Verbrechen ihrer Säuler erhoben. Diese Statuten sollen nach dem Bestimmen verabschiedet werden sein.

### Wo bleibt das Kommunalisierungsgesetz?

Der Genosse Barm hat in der Nationalversammlung folgende kleine Anfrage eingebracht: Am 20. März d. J. hat der Deutsche Reichstagen die von der Kommunalisierungskommission beschlossene Entwurf an einem Tag in der Sitzung der Nationalversammlung in der Reichstagskammer beschlossen. Wo bleibt das Kommunalisierungsgesetz? Wann wird die Reichsregierung den Entwurf eines Kommunalisierungsgesetzes bei der Nationalversammlung einbringen?

### Ein rechtssozialistisches Geständnis.

Auf einer Konferenz des heftigen sozialdemokratischen Parteivorstandes, der Landtagsabgeordneten, Parteifunktionäre, sowie der Kreisvorstände, die am verflochtenen Montag in Darmstadt tagte, wurde offen die Chuzotische sozialdemokratische Partei gegenüber. Die Partei wird durch die Geschichtspolitik der Rechtssozialisten getroffen sind, jedoch der sozialdemokratische Ministerpräsident Ulrich aus, indem er auf die gefährliche Stimmung nach rechts hinwies. Denselben Gedanken, den Schreibermann in Kassel etwa so formuliert: "Die Reaktion marschiert, ihre Name ist Reichardt" gab Ulrich wieder, als er sagte, daß die Herren von ebendem Morgenluft witterten und unversichert in den Umgang der jetzigen Regierung verlangten. Was mir immer behauptet haben, daß die militärischen Drahtzieher mit ihren Machenschaften am Werk sind, die Reaktion wieder in den Sattel zu setzen, wird neuerdings von prominenten Rechtssozialisten nicht mehr geleugnet. Unter diesen Umständen darf man sich nicht darüber wundern, daß die Bauern die Lebensmittelversorgung sabotieren. Als Ministerpräsident Ulrich den Vertretern der Landwirtschaft in einbringlicher Weise die Gefahren vor Augen gefaltet habe, die sich aus dem Verhalten der Bauern ergeben müßten und ihnen prognostiziert, daß die hungernden Glieder aus Land kommen, tauben, blinden und die Käufer anstehen würden, habe die Antwort gelautet: "Die Gläubiger sollen nur kommen, wir erwarten sie schon lange — wir werden schon mit ihnen fertig!" Der Genosse von Stahl und Land wird also auf schärfste herausgeholt. Die Eier der Bauern nach maßlosem Gewinn kann keine Grenzen mehr. Die Aufhebung der Zwangsverpflichtung, nach der man so schneidrig verlangt, soll das geeignete Mittel zur weiteren Auswanderung der Massen und zur Erzielung von noch höheren Profitten als bisher werden. Der Präsident des heftigen Landesernährungsamtes, Reumann, gab zu, daß das Zentrum, mit dem man in der Regierung liege, durchaus unversöhnlich sei und eines Tages sich nach rechts schlagen werde. Zum Witz, er aber doch, wie sich die Bauern unter dem Einfluß des Zentrum hielten, mo dieses herrschte! Und dann glänzt man noch, durch "Demokratie" und am dem Sumpf, in den die Militärämter im Verein mit den Scheinjournalisten und gebrochene haben, heraufzuführen zu können. Für uns ist der Weg klar: Die Befreiung des Proletariats, und damit des ganzen Menschengeschlechts, kann nur das Ziel der Arbeiterklasse sein. Nur wenn sich die wertigste Veränderung reißlos auf dem Boden des Programms der U. S. R. stellt, wird es möglich sein, den nordischen Knoten, dessen Lösung die Rechtssozialisten seit Monaten vergebens versuchen, zu entwirren.

### Es dümmert.

Unter Hamburger Parteiorgan, die Hamburger Volksgesundung, berichtet aus der Entwicklungsgeschichte des rechtssozialistischen Hamburger Blattes:

"Dreißigtausend Abonnenten hat das Hamburger Echo in sechs Monaten verloren. Von etwa 100 000 Ende Dezember 1918 ist seine Auflage bis Juni auf 84 000, bis Anfang Juli auf 68 000 gefallen. Seitdem soll sie, wenn nicht besser noch weiter gehen, nicht weiter gehen."

Wenn das am glünen Holz geschickt! Hamburg war während des Krieges und noch länger nach der Revolution eine abhängige Kolonie. Aber die Politik des Charakter- und grundhabigen Reformismus mit ihren ungelassen Folgen nach innen und außen muß so schließlich auch dem Einfließen den Schlaf aus den Augen und die Bäume vom Kopf reißen!





Preussische Landesversammlung.

61. Sitzung, Mittwoch, den 8. Oktober.

Vizepräsident Dr. v. Forst eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 30. Die zweite Beratung des Staatshaushalts wird beim Haushalt der Zentralgenossenschaftskasse fortgesetzt.

Abg. Dr. Seelmann (Dn.): Die Genossenschaften haben sich als leistungsfähig erwiesen, sie verdienen vor überfälliger Sozialisierung und Brechen den Auswuchs des Kapitalismus die Räume aus.

Abg. Effer (Centr.) begründet seinen Antrag. Abg. Dr. Crüger (Dem.): Wir stimmen dem Antrag Effer zu, trotzdem er uns sehr wenig genau gefasst ist.

Abg. Dr. Seidig (D. Sp.): Wir unterstützen den Antrag Effer. Abg. Berle (Barmen) (Soz.): Die Genossenschaften dürfen nicht mit Kartellen und Trusts auf eine Stufe gestellt werden.

Abg. G. v. S. (D. Sp.): Die Genossenschaften sind ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaft. Eine Unterbrechung der Wirtschaft wäre nicht zu einer Unterbrechung der genossenschaftlichen Betriebe ausarten.

Haushalts der Eisenbahnverwaltung.

Dazu liegen eine große Anzahl Anträge und Entschliessungen des Staatshaushaltsausschusses vor, die betreffen u. a. den Uebertrag des Reichs-Eisenbahnbauauftrags an die Reichs-Eisenbahnen, (1) die Festschreibung der „milden“ Arbeiterrechte und Berücksichtigung der Arbeiter und Beamten der Staats-Eisenbahnen im Betriebsratgesetz, die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung und Beamtenbeförderung.

Abg. G. v. S. (D. Sp.) begründet seinen Antrag um sofortige Aufhebung des Reichs-Eisenbahnbauauftrags an die Reichs-Eisenbahnen. Er schlägt vor, die Eisenbahnen in die Hände der Arbeiter zu geben.

Abg. G. v. S. (D. Sp.) begründet seinen Antrag um sofortige Aufhebung des Reichs-Eisenbahnbauauftrags an die Reichs-Eisenbahnen. Er schlägt vor, die Eisenbahnen in die Hände der Arbeiter zu geben.

Abg. G. v. S. (D. Sp.) begründet seinen Antrag um sofortige Aufhebung des Reichs-Eisenbahnbauauftrags an die Reichs-Eisenbahnen. Er schlägt vor, die Eisenbahnen in die Hände der Arbeiter zu geben.

Abg. G. v. S. (D. Sp.) begründet seinen Antrag um sofortige Aufhebung des Reichs-Eisenbahnbauauftrags an die Reichs-Eisenbahnen. Er schlägt vor, die Eisenbahnen in die Hände der Arbeiter zu geben.

Abg. G. v. S. (D. Sp.) begründet seinen Antrag um sofortige Aufhebung des Reichs-Eisenbahnbauauftrags an die Reichs-Eisenbahnen. Er schlägt vor, die Eisenbahnen in die Hände der Arbeiter zu geben.

Abg. G. v. S. (D. Sp.) begründet seinen Antrag um sofortige Aufhebung des Reichs-Eisenbahnbauauftrags an die Reichs-Eisenbahnen. Er schlägt vor, die Eisenbahnen in die Hände der Arbeiter zu geben.

Abg. G. v. S. (D. Sp.) begründet seinen Antrag um sofortige Aufhebung des Reichs-Eisenbahnbauauftrags an die Reichs-Eisenbahnen. Er schlägt vor, die Eisenbahnen in die Hände der Arbeiter zu geben.

Abg. G. v. S. (D. Sp.) begründet seinen Antrag um sofortige Aufhebung des Reichs-Eisenbahnbauauftrags an die Reichs-Eisenbahnen. Er schlägt vor, die Eisenbahnen in die Hände der Arbeiter zu geben.

In demselben ist vom Minister für Wirtschaft, Kunst und Volksbildung folgende Beschlüsse erlassen: Streikende Mitglieder sind anzuführen, binnen 24 Stunden die Vertragspflichten zu erfüllen bei Vermeidung sofortiger Entlassung aus wichtigen Gründen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 9. Oktober 1919. Der Streik bei der Hestfelder Eisenbahn.

Wegen Gehalts- und Sozialfragen sind die Eisenbahnangestellten der Firma Lenz u. Co. der auch die Halle-Deutscher Eisenbahn gehört, in den Streik getreten. Seit April haben fortgesetzt Verhandlungen zwischen den Angestelltenausschüssen der beiden Firmen u. a. Co. eingeleitet, den Tarifbeständen, Vorständen der einzelnen Bahnen, sowie der leitenden Beamten der Firma Lenz u. Co. über Gehalts- und Leistungsfragen stattgefunden.

Der Streik bei der Hestfelder Eisenbahn. Wegen Gehalts- und Sozialfragen sind die Eisenbahnangestellten der Firma Lenz u. Co. der auch die Halle-Deutscher Eisenbahn gehört, in den Streik getreten.

Der Streik bei der Hestfelder Eisenbahn. Wegen Gehalts- und Sozialfragen sind die Eisenbahnangestellten der Firma Lenz u. Co. der auch die Halle-Deutscher Eisenbahn gehört, in den Streik getreten.

Der Streik bei der Hestfelder Eisenbahn. Wegen Gehalts- und Sozialfragen sind die Eisenbahnangestellten der Firma Lenz u. Co. der auch die Halle-Deutscher Eisenbahn gehört, in den Streik getreten.

Der Streik bei der Hestfelder Eisenbahn. Wegen Gehalts- und Sozialfragen sind die Eisenbahnangestellten der Firma Lenz u. Co. der auch die Halle-Deutscher Eisenbahn gehört, in den Streik getreten.

Der Streik bei der Hestfelder Eisenbahn. Wegen Gehalts- und Sozialfragen sind die Eisenbahnangestellten der Firma Lenz u. Co. der auch die Halle-Deutscher Eisenbahn gehört, in den Streik getreten.

Der Streik bei der Hestfelder Eisenbahn. Wegen Gehalts- und Sozialfragen sind die Eisenbahnangestellten der Firma Lenz u. Co. der auch die Halle-Deutscher Eisenbahn gehört, in den Streik getreten.

Der Streik bei der Hestfelder Eisenbahn. Wegen Gehalts- und Sozialfragen sind die Eisenbahnangestellten der Firma Lenz u. Co. der auch die Halle-Deutscher Eisenbahn gehört, in den Streik getreten.

Der Streik bei der Hestfelder Eisenbahn. Wegen Gehalts- und Sozialfragen sind die Eisenbahnangestellten der Firma Lenz u. Co. der auch die Halle-Deutscher Eisenbahn gehört, in den Streik getreten.

O mein, so ist die Sache nicht. Kommen solche — und namentlich während einer Revolution — immer unvermeidlich nacheinander. Die Revolution ist ein ununterbrochener Prozess.

Verammlung der Genossinnen.

Am 8. Oktober abend in der Halle-Deutscher Eisenbahn.

Am 8. Oktober abend in der Halle-Deutscher Eisenbahn. Die Genossinnen haben sich versammelt, um über die Lage der Eisenbahnverwaltung zu sprechen.

Am 8. Oktober abend in der Halle-Deutscher Eisenbahn. Die Genossinnen haben sich versammelt, um über die Lage der Eisenbahnverwaltung zu sprechen.

Am 8. Oktober abend in der Halle-Deutscher Eisenbahn. Die Genossinnen haben sich versammelt, um über die Lage der Eisenbahnverwaltung zu sprechen.

Am 8. Oktober abend in der Halle-Deutscher Eisenbahn. Die Genossinnen haben sich versammelt, um über die Lage der Eisenbahnverwaltung zu sprechen.

Am 8. Oktober abend in der Halle-Deutscher Eisenbahn. Die Genossinnen haben sich versammelt, um über die Lage der Eisenbahnverwaltung zu sprechen.

Am 8. Oktober abend in der Halle-Deutscher Eisenbahn. Die Genossinnen haben sich versammelt, um über die Lage der Eisenbahnverwaltung zu sprechen.

Am 8. Oktober abend in der Halle-Deutscher Eisenbahn. Die Genossinnen haben sich versammelt, um über die Lage der Eisenbahnverwaltung zu sprechen.

Am 8. Oktober abend in der Halle-Deutscher Eisenbahn. Die Genossinnen haben sich versammelt, um über die Lage der Eisenbahnverwaltung zu sprechen.

Am 8. Oktober abend in der Halle-Deutscher Eisenbahn. Die Genossinnen haben sich versammelt, um über die Lage der Eisenbahnverwaltung zu sprechen.

Gewerkschaftliches.

Genossenschaft des „Arten Mann“. Zum Zustand des bestehenden Personals des Opern- und Schauspielhauses.

Eternabend im Volkspark.

Der Abend der Erhaltung und Wehrung der Volkstreu. Die Arbeiter haben sich im Volkspark versammelt, um über die Lage der Eisenbahnverwaltung zu sprechen.

Der Abend der Erhaltung und Wehrung der Volkstreu. Die Arbeiter haben sich im Volkspark versammelt, um über die Lage der Eisenbahnverwaltung zu sprechen.

Der Abend der Erhaltung und Wehrung der Volkstreu. Die Arbeiter haben sich im Volkspark versammelt, um über die Lage der Eisenbahnverwaltung zu sprechen.

Der Abend der Erhaltung und Wehrung der Volkstreu. Die Arbeiter haben sich im Volkspark versammelt, um über die Lage der Eisenbahnverwaltung zu sprechen.

Der Abend der Erhaltung und Wehrung der Volkstreu. Die Arbeiter haben sich im Volkspark versammelt, um über die Lage der Eisenbahnverwaltung zu sprechen.

Der im Glashaus sitzt...

Eine kurze Führerlaufbahn eines Arrabalden. Einem von kammunisten, heuchlerischen Vätern der allerersten Art ist es gelungen, ohne leibhaftig tragenden Auftrag nicht das von Internationalschleichen lebende gelbe Rostepapier Versteckungen eines Angestellten des Eisenbahnverbandes an die Öffentlichkeit zu bringen.

